

Zukunft der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im Land Brandenburg in Gefahr

Am Dienstag, dem 16. Januar 2024 kam es zu einem Gespräch zwischen dem neugewählten Vorsitzenden des Deutschen Gerichtsvollzieher Bundes (DGVB), Landesverband Brandenburg, David M. Walsh, seinem Stellvertreter Rayk Gaasch und dem Landesvorsitzenden des dbb brandenburg und tarifunion, Ralf Roggenbuck und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Ronald Parnitzke.

Der Vorsitzende David M. Walsh schilderte die Situation der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im Land Brandenburg und wies darauf hin, dass die Nachwuchsgewinnung sich aufgrund der Arbeitsverdichtung und des Eingangsamtes A 8 immer schwieriger gestaltet. Langfristig sieht er die Gefahr, dass durch die anstehende Pensionswelle die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen den Arbeitsanfall nicht mehr bewältigen können, was dem Wirtschaftsstandort Brandenburg erheblich schaden würde. Er stellte ein Papier „Effektive Justiz- Attraktiver Arbeitgeber“ link und das Ergebnis der Zukunftskonferenz Justiz vor, in der für den Gerichtsvollzieherdienst die Akademisierung der Ausbildung durch Einführung eines Fachhochschulstudiums und die Überführung in den gehobenen Dienst empfohlen wird. Vorgeschlagen wird ein gemeinsames Studium von Rechtspfleger- und Gerichtsvollzieheranwärtern und Anwärtnerinnen an der Fachhochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

Der Landesvorsitzende Ralf Roggenbuck sagte dem DGVB die Unterstützung des dbb brandenburg und tarifunion für diesen Lösungsvorschlag zu. „Nur mit einer schnellstmöglichen Umsetzung dieser Empfehlung mit einem ersten Studiengang im Herbst 2024 kann der Beruf der Gerichtsvollzieherin, des Gerichtsvollzieher zukunftssicher aufgestellt werden. Wartet man noch länger mit der Lösung des Problems, wird es immer schwieriger, geeigneten Nachwuchs für die Altersabgänge zu gewinnen und auszubilden“.

Es wurde vereinbart, das Gespräch zeitnah fort zu setzen.